

Antrag

beschlossen von der 197. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg
am 6. November 2025

Bildungskarenz und Bildungsteilzeit sinnvoll reformieren, statt ersatzlos streichen!

Mit 1. April 2025 wurden Bildungskarenz und Bildungsteilzeit – inklusive der finanziellen Unterstützung durch das Weiterbildungs- bzw. Bildungsteilzeitgeld – abgeschafft. Damit steht die Inanspruchnahme dieser wichtigen Qualifizierungsinstrumente nur noch Personen mit ausreichenden Eigenmitteln offen. Für viele Arbeitnehmer*innen bedeutet dies einen massiven Rückschritt, insbesondere für junge Eltern, Menschen mit niedrigem Einkommen oder Personen in beruflicher Umorientierung.

Die überstürzte Abschaffung hat nicht nur arbeitsmarkt- und bildungspolitisch negative Folgen, sondern verschärft auch bestehende soziale Ungleichheiten. Die präsentierte Nachfolgeregelung reduziert Weiterbildung auf innerbetriebliche Qualifikationen und nimmt Arbeitnehmer*innen das Recht auf selbstbestimmte Weiterbildung. Besonders problematisch ist der faktische Ausschluss von Eltern nach einer Karenzzeit sowie von Personen mit mittleren und niedrigen Bildungsabschlüssen.

Antrag

Die Kammer für Arbeiter und Angestellte Vorarlberg fordert die Bundesregierung und insbesondere die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz auf, eine neue, umfassende und sozial gerechte Regelung für Bildungskarenz und Bildungsteilzeit zu erarbeiten, die

- selbstgewählte, arbeitsmarktpolitisch sinnvolle Weiterbildungen ermöglicht,
- eine finanzielle Absicherung in Form eines Einkommensersatzes vorsieht,
- auch nach Elternkarenz oder Pflichtdiensten offensteht,
- verpflichtende Bildungsberatung und klare Qualitätsstandards umfasst,
- insbesondere auch Menschen mit niedrigeren Qualifikationen zugänglich ist und
- durch transparente Kriterien wie Mindestabständen und Teilnahmeverpflichtungen wirksam gestaltet wird.

Bildungskarenz und Bildungsteilzeit müssen als wichtige Instrumente der Chancengleichheit und der beruflichen Weiterentwicklung erhalten bleiben – gerechter, zielgerichteter und inklusiver als bisher.